

Vergleich der Positionen der Kandidaten

Marine Le Pen, François Fillon, Emmanuel Macron, Benoît Hamon, Jean Luc Mélenchon

(8. März 2017)

| Marine Le Pen | François Fillon | Emmanuel Macron | Benoît Hamon | Jean Luc Mélenchon |
|---|--|---|---|--|
| Europa und Internationales | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Volksabstimmung über den EU- Austritt und den Ausstieg aus der Euro-Zone • Aussetzung von Schengen: Frankreich wird Grenzen wieder kontrollieren • Nationales Recht soll wieder Vorrang vor europäischem haben • Bildung einer Paneuropa-Union souveräner Staaten, die die Schweiz und Russland einschließt • Kein Nettobeitrag Frankreichs zum EU-Haushalt • Austritt aus der Kommandostruktur der NATO | <ul style="list-style-type: none"> • Euro als Leitwährung wie der Dollar • Kontrolle der Euro-Zone von EU-Kommission an politisches Direktorium der Euro-Zonen-Länder übertragen • Harmonisierung der Steuern in der Währungsunion, daran anschließend Einrichtung einer europäischen Kasse und Vergemeinschaftung der Schulden • Kein Ausstieg aus dem Schengen- Abkommen, aber Ausweisung aus einem Schengenland muss für gesamten Raum gelten. • Europäische Sozial- und Umweltstandards müssen auch für importierte Produkte gelten • Subsidiarität zugunsten von Mitgliedsstaaten stärken • Frontex-Budget verdreifachen | <ul style="list-style-type: none"> • Budget der Euro-Zone in Höhe von mehreren 100 Mrd. € für Investitionen einrichten • Dieses Budget soll von einem Parlament der Euro-Zone legitimiert und kontrolliert und von einem Minister für Wirtschaft und Finanzen der Euro-Zone gesteuert werden • Schengen-Vereinbarungen bewahren und schützen • Verstärkung von Frontex durch 5.000 Grenzwächter mehr an europäischen Grenzen • Gemeinsames Informationssystem für besseren Austausch bei der Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus | <ul style="list-style-type: none"> • Europäisches Investitionsprogramm in Höhe von 1.000 Mrd. €, dafür soll der EU ermöglicht werden, selbst Kredite aufzunehmen • Rekonstruktion Europas durch progressive Energiepolitik, Frankreich als Pionier • Steuerangleichungen in Europa / Schuldenerlass für die am höchsten verschuldete EU-Staaten • Europäischer Fiskalpakt: Keine Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben bei Berechnung des Haushaltsdefizits, Haushaltsdefizit unter 3% kein Ziel • Zahlungsaufschub und Reformation des Stabilitätspakts und des Europäischen Fiskalpakts | <ul style="list-style-type: none"> • Plan A: in EU bleiben, aber aus bestehenden Verträgen austreten, demokratische Neuregelung der Verträge, Ende der Sparpolitik durchsetzen • Plan B: falls Plan A nicht erfolgreich, Austritt aus der EU • Schuldenerlass für die armen Länder • Abbruch der Beziehungen zu Staaten und Organisationen, die den Terrorismus finanzieren. • Austritt aus der NATO, dafür verstärktes Engagement in der UNO |
| Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Massive Einschränkung des Rechts auf Asyl • Geburt in Frankreich verleiht kein Anrecht auf die französische Staatsbürgerschaft • Keine doppelte Staatsbürgerschaft für Bürger außereuropäischer Staaten | <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines europäischen Asylrechts • Sozialleistungen für Nicht-EU-Bürger erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Frankreich (während dieser Zeit dürfen die betreffenden Personen nicht straffällig geworden sein) | <ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme von Flüchtlingen ist eine moralische Verpflichtung • Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren, damit eine zügige Ausbildung und Integration für Personen mit Asylrecht und eine zügige Abschiebung von Personen ohne Asylrecht möglich ist | <ul style="list-style-type: none"> • Durchreisevisa für Flüchtlinge • Beseitigung von Integrationshürden (Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nach drei Monaten, Verbesserung des Zugangs zur französischen Sprache) • Modifizierung des Asylrechts (Dubliner Übereinkommen) | <ul style="list-style-type: none"> • Für eine humanitäre Politik, die eine würdevolle Behandlung von Flüchtlingen garantiert • Status von Berufstätigen ohne gültige Papiere legalisieren • Gegen eine permanente globale Migration |
| Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts • Vergabe öffentlicher Aufträge vorzugsweise an französische Unternehmen • Plan zur Reindustrialisierung Frankreichs auflegen • 35 Stunden Woche beibehalten, Branchen können 37- oder 39-Stunden-Wochen bei vollem Lohnausgleich aushandeln | <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsrecht auf grundsätzliche Normen beschränken • Abschaffung der 35-Stunden-Woche • Im Öffentlichen Dienst Einführung einer 39-Stunden-Woche, Lohn entspricht einer 37-Stunden-Woche • Streichung von 500.000 Beamtenstellen • Rente: Erhöhung des Eintrittsalters von 62 auf 65 Jahre | <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsrecht auf grundsätzliche Normen beschränken, 35-Stunden Woche beibehalten, Branchen und Unternehmen können flexiblere Arbeitszeiten aushandeln • Streichung von 120.000 Beamtenstellen (nicht in Hospitälern) • Bis 2022 Garantie eines Renteneintritts mit 62 Jahren oder nach 42 Jahren Beitragszahlungen | <ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts und Neuverhandlungen • 35-Stunden Woche beibehalten, Anpassung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen • Ausweitung der Sozialwirtschaft: 2025 20% Anteil am BIP (derzeit 10%) | <ul style="list-style-type: none"> • Renationalisierung von Schlüsselunternehmen • Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts • Einführung einer 32 -Stunden Woche • Für 18-24jährige: Einführung eines neunmonatigen Zivildienst, Autonomiebeihilfe für eine Dauer bis zu drei Jahren, subventionierte Arbeitsverträge für maximal fünf Jahre • Rente: Einstiegsalter ab 60 |

| Marine Le Pen | François Fillon | Emmanuel Macron | Benôit Hamon | Jean Luc Mélenchon |
|--|---|---|--|--|
| Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Rente: Renteneintritt mit 60 Jahren oder nach 40 Jahren Beitragszahlungen • Erhöhung des Rentenbudgets um alle Leistungen, die nach dem nationalen Solidaritätsprinzip anfallen, finanzieren zu können • Kaufkraftprämie für alle Arbeitnehmer und Rentner, die ein Einkommen von weniger als 1.500 € netto monatlich beziehen | <ul style="list-style-type: none"> • Bei Ablehnung von Arbeitsangeboten Verlust des Anrechts auf Arbeitslosenunterstützung | <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines universellen Rentensystems, das die 37 speziellen Rentensysteme ersetzt und gleichermaßen für Beamte wie Angestellte gilt • Arbeitslosenunterstützung auch für Selbstständige und Freiberufler und für Arbeitnehmer, die selbst kündigen • Bei Ablehnung von akzeptablen Arbeitsangeboten oder fehlendem Engagement bei der Arbeitssuche Verlust des Anrechts auf Unterstützung | <ul style="list-style-type: none"> • Anhebung der Sozialleistung, die ein Mindesteinkommen garantiert um 10%, auf 600 €, Grundleinkommen für alle 18-25jährigen (das in Aussicht gestellte Grundeinkommen für alle zur Existenzsicherung i.H. v. 750 € soll frühestens in 10 Jahren eingeführt werden) | <ul style="list-style-type: none"> • Verbot von börsenbedingten Entlassungen • Pflicht des Staates, Arbeitslosen eine Arbeit von allgemeinem Interesse anzubieten • Erhöhung des Mindestlohns um 15%, d.h. auf 1139,81 € netto monatlich • Arbeitslosenunterstützung auch für diejenigen, die selbst kündigen |
| Finanz- und Steuerpolitik | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 60 Mrd. € reduzieren (Ziel: 2022: 50%-Anteil am BIP) • Rückkehr zu einer nationalen Währung • Steuern auf Importe und die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern • Unternehmenssteuern für kleinere und mittlere Unternehmen auf 24% senken • Einkommenssteuer für die drei unteren Steuerklassen um 10% senken | <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 87,4 Mrd. € reduzieren (Ziel: 2022: 49%-Anteil am BIP) • Unternehmen steuerlich um 44 Mrd. € jährlich entlasten • Progressive Senkung der Einkommenssteuer • Aufhebung der Besteuerung von 75% von Jahreseinkommen über 1 Mill. € | <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Ausgaben binnen 5 Jahren um 60 Mrd. € reduzieren durch Einsparungen im Gesundheitswesen (15 Mrd. €), bei den Gebietskörperschaften (10 Mrd. €), bei den Staatsausgaben (25 Mrd. €), durch Senkung der Arbeitslosigkeit (10 Mrd. €) • Investitionsplan in Höhe von 50 Mrd. € (15 Mrd. € für Aus- und Weiterbildung, 15 Mrd. € für den ökologischen und energetischen Wandel, jeweils 5 Mrd. € für die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen, das Verkehrswesen und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung) • Unternehmenssteuern von 33,3% auf 25% senken • Reform der Vermögenssteuer (keine Steuer auf Kapital, das investiert wird, weiterhin Besteuerung von Immobilieneinkünften) | <ul style="list-style-type: none"> • Progressive Gestaltung der Einheitssteuer CSG zur Entlastung von Geringverdienern • Zusammenlegung von Vermögens-, Erbschafts- und Grundsteuer (progressive Gestaltung und Vereinfachung des Systems) • Einführung einer Steuer auf Roboter, wenn sie eine Person in einem Unternehmen ersetzen | <ul style="list-style-type: none"> • Investitionsplan über 100 Mrd. €, davon 45 Mrd. € für dringende soziale Maßnahmen (Sozialwohnungen, Krippen, Altersheime, Unterstützung von Behinderten) • Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik hin zu einer ökologischen Landwirtschaft, dadurch sollen 300.000 neue Arbeitsplätze im Agrarbereich entstehen • Maximaleinkommen in Höhe von 400.000 Euro jährlich, alle darüber hinaus erzielten Einkünfte zu 100% versteuern • Erhöhung der Erbschaftssteuer |
| Energieversorgung und Umwelt (alle Kandidaten möchten erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden fördern) | | | | |
| <ul style="list-style-type: none"> • An Atomenergie festhalten, da sie kaum CO2 ausstößt • Anteil an fossilen Energien am Energiemix binnen 20 Jahren um die Hälfte reduzieren, um so auch die Kontakte zu Ländern, "die Ideologien exportieren", einzuschränken • Gegen die Förderung von Schiefergas | <ul style="list-style-type: none"> • Laufzeit der AKW von 40 auf 60 Jahre verlängern, keine Schließung des AKW Fessenheim • Atomenergie als französische Exzellenzsparte weiterentwickeln • Garantierte Abnahme von Strom aus EE-Produktion abschaffen; Anreize zum Bau neuer EE-Anlagen durch Steuerbegünstigungen • Die Forschung über die Nutzung von Schiefergas fortsetzen | <ul style="list-style-type: none"> • Kein Ausstieg aus der Atomenergie, sicherstellen, dass Frankreich sein Exzellenzwissen in diesem Bereich behält • Staatliche Begleitung der Erweiterung des französischen Energiemix, um die Abhängigkeit von der Atomenergie zu vermindern • Umweltfreundliches Steuersystem, um eine Wirtschaft mit niedrigem CO2-Ausstoß zu erreichen | <ul style="list-style-type: none"> • Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2025 auf 50% steigen. • Progressiver Ausstieg aus der Atomenergie, Schließung von Risikoreaktoren • Steuerliche Begünstigung für Dieseldieselkraftstoffe beenden • Stopp des Baus des Flughafens von Notre-Dame-des-Landes, keine Endlagerstätte für nukleare Abfälle in Bure (Diese Forderungen sind ein Zugeständnis an die französischen Grünen, die im Gegenzug ihren Kandidaten zurückgezogen haben) | <ul style="list-style-type: none"> • Referendum über die Energiepolitik und Nutzung der Atomenergie durchführen, sofortige Schließung des AKW Fessenheim • 2050 soll der französische Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden • Ausstieg aus dem Diesel / CO2-Steuer auf Warentransporte • Gegen die Förderung von Schiefergas |